Kunsthistorisches Institut, Universität Bonn

Sommersemester 2000

Hauptseminar: Experimentelles Wohnen 1890-1930

Dozent: Prof. Dr. Andreas Tönnesmann

Politische Intention und städtebauliche Entwicklung

Städtische Wohnungspolitik in der Weimarer Republik 1918-1933 dargestellt an den Beispielen Berlin, Frankfurt am Main und Köln.

Antonia Freytag

10. Semester Politologie, Kunstgeschichte
6. Semester Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Inhalt

1. Einleitung 2
   1.1. Fragestellung 2
   1.2. Aufbau 4
   1.3. Literatur 4

2. Einordnung der Wohnungspolitik in den wirtschaftlichen und sozialen Kontext der Weimarer Republik 5
   2.1. Wohnungsmangel der Nachkriegszeit 5
   2.2. Bauförderung in den „Goldenen Zwanzigern“ 7
   2.3. Rückgang der Bautätigkeit in der Wirtschaftskrise 8
   2.4. Wohnungspolitik als Sozialpolitik 8

3. Wohnungspolitiken im Vergleich Politische Intention und städteplanerische Entwicklung 10
   3.1. Einfluß der Städte im Wohnungswesen 10
   3.2. Frankfurt am Main 10
   3.3. Berlin 16
   3.4. Köln 21

4. Fazit 26

5. Bibliographie 29

1. Einleitung

1.1. Fragestellung

Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten sich verstärkte wohnungsreformerische Diskussionen über die desolate Entwicklung der Großstädte und die massive Wohnungsnot. Industrialisierung und Bevölkerungsexplosion ließen die Städte so schnell wachsen, daß ihr Wohnraum zusehens knapper wurde. Trotz der katastrophalen Wohnverhältnisse überließ die kaiserliche Regierung das Wohnungswesen dem Markt und verzichtete auf eine gesamtstaatliche Wohnungspolitik. Durch den Ersten Weltkrieg verschärfte sich die Situation weiter, so daß die Wohnungspolitik in der jungen Weimarer Republik zu einem der vorrangigsten Politikfelder wurde. Schon 1918 wurde ein erstes reichsweit geltendes Wohnungsgesetz verabschiedet, dem dann bald weitere folgten.[1]

Wohnungspolitik wurde einer der wichtigsten Bereiche des sozialstaatlichen gesellschaftlichen Ausgleichs. Es ging vorrangig um die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen mit Wohnraum zu günstigen Preisen in guter Qualität. Gerade in den dicht bevölkerten Wohnbezirken der Großstädte, den Arbeitervierteln, war die Wohnungsnot am größten. Oft wurde der ohnehin schon enge Wohnraum noch an Untermieter oder sogenannte Schlafstellenmieter abgegeben, die nur einen Schlafplatz, jedoch keinen Raum mieteten.[2] Die hygienischen Bedingungen waren in diesen engen Wohnverhältnissen außerordentlich dürftig, so daß schließlich gesundheitspolitische Ziele oft stärkster Motor für die Errichtung neuer Arbeiterwohnsiedlungen wurden.[3]

Bedeutend war jedoch nicht nur die Quantität des neu zu schaffenden Wohnraumes, sondern auch die Qualität in funktionaler, aber auch (und damit eng verbunden) ästhetischer Hinsicht: Das Wachstum der Städte entwickelte sich zu einer „sozialen Frage, die ästhetisch in Erscheinung trat“.[4] Es ging um die Sicherstellung der Mindestversorgung mit Wohnraum und um die Schaffung gesellschaftlich befriedigender Wohnbedingungen durch eine humane Gestaltung der städtebaulichen Umwelt und eine neue Formensprache in der Architektur.[5]

Die kommunalen Wege sahen, von diesem Grundziel-Konsens abgesehen, sehr unterschiedlich aus. Schon über Grundlagen des Städtebaus und der Siedlungsanlagen herrschte keine Einigkeit:

---

[1] Geregelt wurden in diesem Gesetz Maßnahmen zur staatlichen Bewirtschaftung des Wohnungs-bestandes, Mieterschutz, gesetzliche Mietpreisbindung und Wohnraumbewirtschaftung, siehe: Hüter, Karl-Heinz: Architektur in Berlin 1900-1933, Dresden 1988, S.167 ff.

[2] Zu den Schlafstellenmietern siehe: Longerich, Peter (Hg.): Die Erste Republik, Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates, München 1992, S.290-293.

[3] Siehe dazu z.B. Kähler, Gert: Wohnung und Stadt, Hamburg, Frankfurt, Wien, Modelle sozialen Wohnens in den zwanziger Jahren, Braunschweig 1985, S.246.

[4] Kähler, 1985, S.23.

[5] Blumenroth, Ulrich: Deutsche Wohnungspolitik seit der Reichsgründung, Darstellung und kritische Würdigung, Münster 1975, S.222.

> „Block gegen Zeile, Laubengang gegen Treppenhauserschließung, innerstädtische Reform der Großstadt gegen ihre Auflösung in Trabanten“.[6]

Im städtebaulichen „Kanon der Architekturgeschichte“[7] im deutschsprachigen Raum werden oftmals Berlin und Hamburg, Wien und Frankfurt am Main als herausragende Beispiele genannt. In dieser Arbeit werde ich mich jedoch auf Frankfurt am Main als Ort besonders konsequenter Umsetzung des Neuen Bauens[8], auf Berlin als der größten Stadt mit besonders eklatantem Wohnungsmangel und auf Köln als Beispiel einer konservativ regierten Stadt beschränken. Eine besondere Rolle kommt dabei in allen Städten einigen Schlüsselfiguren zu, einzelnen Politikern, Städteplanern und Architekten:

> „Wagner, Schumacher, Ernst May – sie alle waren Stadtbauräte und bestimmten zu großen Teilen die Bau- und Entwicklungspolitik ´ihrer´ Stadt. [..] Es waren starke Persönlichkeiten, die eine Politik auch deshalb bestimmen konnten, weil diese noch nicht definiert und festgefahren war; der Umbruch von 1918 wirkte als Chance nach.“[9]

Schulz folgend wird unter Wohnungspolitik

> „im allgemeinen die Beeinflussung der Produktion und Verteilung des Wohnraums durch öffentliche Eingriffe unter bestimmten Zielen verstanden“.[10]

Schulz unterscheidet Baupolitik, die die Wohnungsproduktion betrifft, und Bestandspolitik, die das Mietrecht und die Bewirtschaftung vorhandenen Wohnraums umfaßt. In dieser Arbeit befasse ich mich insbesondere mit der Baupolitik, während die Bestandspolitik vernachlässigt wird. Im Zentrum steht die Frage, welche wohnungspolitischen Leitlinien zu welchen städtebaulichen Maßnahmen und letztlich zu welchen ästhetischen Ausdrucksformen geführt haben. Politische Intention und künstlerisches Ergebnis stehen gerade im Wohnungsbau der Weimarer Zeit in einem engen Zusammenhang, der hier thematisiert werden soll.
Verdeutlicht wird dies anhand kommunaler Unterschiede in den Städten Berlin, Frankfurt am Main und Köln, während jedoch auf eine Darstellung der finanzpolitischen und rechtlichen Grundlagen, wie auch auf eine empirische Analyse der Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse in der Weimarer Republik verzichtet wird. Es würde den Rahmen der Arbeit eindeutig sprengen.
Der Schwerpunkt liegt auf den Politiken und ihre Auswirkungen auf das Stadtbild in den drei Beispielstädten.

---

[6] Kähler, 1985, S.20.
[7] Ebd.
[8] Bezeichnung für die avantgardistische Architektur der Moderne im deutschen Sprachraum. Kennzeichen sind die klare Formensprache und eine Einheit von Form, Gestaltung und Material, sowie Sachlichkeit und Funktionalität, d.h. die Form hat sich der Funktion unterzuordnen.
[9] Kähler, Gert: Nicht nur Neues Bauen, Stadtbau, Wohnung, Architektur, in: ders. (Hg.): Geschichte des Wohnens, Bd. 4 1918-1945: Reform, Reaktion, Zerstörung, Ludwigsburg / Stuttgart 1996, S.333.
[10] Schulz, Günther: Perspektiven europäischer Wohnungspolitik 1918 bis 1960, in: ders.: Wohnungspolitik im Sozialstaat, Deutsche und europäische Lösungen 1918-1960, Düsseldorf 1993, S.15. Im Folgenden zit. als Schulz, 1993a.

1.2. Aufbau

Nach Erläuterung von Fragestellung, Aufbau und Literaturlage in der Einleitung folgt eine kurze Darstellung des wirtschaftlichen und sozialen Kontextes der Wohnungspolitik in der Weimarer Zeit. Wohnungsmangel, Bauförderung und Wirtschaftskrise werden ausgeführt und Wohnungspolitik als ein Bestandteil der Sozialpolitik erläutert. Anschließend thematisiere ich die Wohnungsbaupolitiken dreier deutscher Großstädte im Vergleich. Unterschiedliche politische Intentionen und ihre Auswirkungen auf das architektonische und städtbauliche Bild der Großstädte werden verdeutlicht. Zuletzt versuche ich in dem Fazit eine kurze Zusammenfassung und einordnende Bewertung.

1.3. Literatur

Über die Wohnverhältnisse im 19. Jahrhundert ist eine relativ große Menge an (Fach-)literatur verfügbar, ebenso über den Wohnungsbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Phase von 1914-1945 dagegen wird häufiger in Sammeldarstellungen über europäische Staaten im Vergleich angeführt, oder wird in Darstellungen der Sozialpolitik aufgenommen. Oftmals sind diese Passagen jedoch nicht sehr ausführlich oder bleiben an der Oberfläche des Problems. Monographien zum Wohnungsbau in der Weimarer Zeit greifen oft exemplarisch nur einige Städte als Beispiele heraus. So ist das Neue Bauen in Frankfurt am Main gut in der Literatur vertreten, auch über Berlin gibt es mehrere Werke, aber zu finden ist beispielsweise kaum etwas über moderne Architektur in Köln.[11]

[11] Ein Grund könnte u.a. darin liegen, daß im Zweiten Weltkrieg zahlreiche Quellen und Dokumente aus dem Köln der Weimarer Zeit zerstört wurden. Erhalten sind nur die Akten aus dem Büro Adenauer. Ca. 90% aller Verwaltungsakten aus Weimar sind dagegen verbrannt. (Information Stadtarchiv der Stadt Köln).

2. Einordnung der Wohnungspolitik in den wirtschaftlichen und sozialen Kontext der Weimarer Republik

Schulz macht drei Phasen in der deutschen Wohnungsbaupolitik von 1914-1933 aus, die von unterschiedlicher Intensität der Bautätigkeit und des städtischen Engagements geprägt waren:[12]

- 1914-23 Erster Weltkrieg und Inflationszeit
- 1923-29 „Goldene“ zwanziger Jahre
- 1929-33 Weltwirtschaftskrise

Im Folgenden übernehme ich diese Periodisierung für eine strukturierte, aber kurze Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Situation.

2.1. Wohnungsmangel der Nachkriegszeit

In den Städten war in den ersten beiden Dekaden des 20. Jahrhunderts nach wie vor das durch die Industrialisierung hervorgerufene Bevölkerungswachstum deutlich zu spüren. Neben einer höheren Gebürtigkeit, geringeren Sterbezahlen und besonders gegen Ende des Ersten Weltkrieges auch höheren Heiratsraten, fand zusätzlich eine Binnenwanderung in die Städte statt.[13] In den boomenden Großstädten wurde die Chance schlechthin gesehen. Die Städte wuchsen jedoch schneller als sie neuen Wohnraum schaffen konnten und durch den Ersten Weltkrieg verschärften sich die Wohnungsprobleme in Deutschland massiv.[14]

Abb.1 Großstädte des 19. Jahrhunderts – zu groß, zu eng bebaut, zu unsozial (Hamburg)

Besonders deutlich zeigten sich die katastrophalen Wohnverhältnisse in den Berliner Mietskasernen, die seither als Sinnbild inhumaner Wohnverhältnisse gelten. Nach Kriegsende tat sich eine beträchtliche Lücke in der Wohnungsversorgung auf: Fehlende Neubauten durch Unterbrechung der

[12] Schulz, Günther: Wohnungspolitik in Deutschland und England 1900-1939, Generelle Linien und ausgewählte Beispiele, in: Zimmermann, Clemens: Europäische Wohnungspolitik in vergleichender Perspektive 1900-1939, Stuttgart 1997, S.154. Friedrich-Wilhelm Henning nimmt in seinem Standartwerk: Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1992, 9. Aufl. Paderborn 1997, S. 29-50 für die wirtschaftspolitische Entwicklung während der Weimarer Republik die gleiche Periodisierung vor. Ähnlich auch Blumenroth, 1975.

[13] Siehe zur Bevölkerungsentwicklung auch: Pohl, Hans: Aufbruch der Weltwirtschaft, Geschichte der Weltwirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1989, S.69 ff.

[14] Schulz, 1997, S.162.

Bautätigkeit, kriegsbedingte Zerstörung von Gebäuden, wachsende Nachfrage durch Eheschließungen, unterbliebene Instand-haltung und –setzung vorhandener Wohnungen aufgrund eines Mangels an Arbeitskräften, Baumaterialien und Kapital und eine Tendenz zur Kleinfamilie führten zu höherer Nachfrage.[15] Noch Mitte 1925 fehlten nach Blumenroth ca. eine Million Wohnungen.[16] Und auch Schulz schätzt, daß das absolute Defizit an Wohnungen von 1918 bis 1935 zwischen etwa 700.000 und 1,5 Millionen schwankte.[17] Im vergleichbaren Zeitraum wurden jedoch jährlich durchschnittlich nur 177.181 Wohnungen neu errichtet.[18]

Dieser Wohnungsmangel veranlaßte die Politik in den Wohnungsmarkt einzugreifen:

> „Der außerordentlich große Druck des Wohnungsmangels im Weltkrieg und nach Kriegsende verlangte nach staatlichen Eingriffen, damit der soziale Friede nicht gefährdet wurde. Nun wurde die Versorgung der breiten Massen mit preiswerten Wohnungen zum drängenden Politikum.“[19]

Die ungesteuerte Wohnungsmarktwirtschaft der Vorkriegszeit war sozial nicht länger tragbar, so daß von verschiedenen Seiten (nicht nur der Sozialdemokratie) ein vermehrtes Eingreifen des Staates gefordert wurde:[20]

> „Als befristetes kriegswirtschaftliches Notrecht wurden Baustoffe bewirtschaftet und die Wohnungszwangswirtschaft eingeführt: Eingriffe ins Mietrecht, Mietpreisrecht und öffentliche Wohnraumbewirtschaftung. Aus den kriegswirtschaftlichen Anfängen trat die Wohnungspolitik bald in den dauerhaften wohlfahrtsstaatlichen Kontext über.“[21]

Wirtschaftliche Probleme im Zuge des verlorenen Krieges und eine wachsende Inflation verschärften die Versorgungsschwierigkeiten auch in der Bauwirtschaft, so daß das kriegswirtschaftliche Notrecht in eine dauerhafte sozialstaatliche Interventionspolitik führte. Die Verteilung der Mängel und der Versuch der Kompensation des Marktausfalles durch öffentliche Förderung wurde zur Staatsaufgabe.[22] Erstmals wurden auch wohnungspolitische und bodenreformerische Forderungen in die Verfassung aufgenommen. Demnach sollte

> „jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und jeder Familie eine bedarfsgerechte Wohn- und Wirtschaftsheimstätte“

Abb.2 Wahlplakat der SPD 1927/28

[15] Schulz, 1993a, S.12. Und: Kähler, 1985, S.194.
[16] Blumenroth, 1975, S.161. Genauere Ausführungen zu statistischen Daten siehe S.248 ff.
[17] Schulz, 1993a, S.12.
[18] Ebd., S.13.
[19] Ebd., S.14.
[20] Blumenroth, 1975, S.159-160.
[21] Schulz, 1997, S.154.
[22] Ebd., S.154-155.

gesichert werden.[23] Die wohnungs- und bodenpolitischen Grundsätze in der Weimarer Verfassung hatten aber nur programmatischen Charakter und stellten kein einklagbares Recht dar, so daß sie durch Gesetzgebung konkretisiert werden mußten.[24] Die Abwendung vom Liberalismus der Vorkriegszeit hatte zwar eine recht große Basis und wurde breit getragen, aber besonders engagiert zeigten sich die nun erstmals an der Regierung maßgeblich beteiligten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.[25]

2.2. Bauförderung in den „Goldenen Zwanzigern"

Während bis 1923 die Verwaltung der Mängel auf dem Wohnungsmarkt vorrangiges Augenmerk der Politik war, kam mit der Währungsreform im Jahre 1924 und mit den Milliardensummen, die durch den Dawes-Plan verfügbar wurden, der Wohnungsneubau wieder in Gang.[26] Wichtigstes Instrument zur staatlichen Förderung des Wohnungsbaus von 1924 bis 1930/31 wurde die sogenannte Hauszinssteuer.[27] Die Hauszinssteuer, auch Gebäude-entschuldungssteuer, war eine dem Altbaubesitz auferlegte Sondersteuer, mit der Mieterhöhungen nicht mehr alleine den Grundbesitzern zukamen, sondern vom Staat zur Subventionierung neuer Wohnungen eingesetzt werden konnten. Sie diente Gerechtigkeitsgründen und einem Inflationsausgleich.[28] Zum Hauptträger des Wohnungsbaus wurden zahlreiche neugegründete gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften:[29]

> „Insgesamt errichteten die Gemeinnützigen in den deutschen Großstädten nach 1924 mehr als die Hälfte aller Wohnungen.[30]

Vor dem Hintergrund öffentlicher Förderung und vereinfachter Finanzierungs-möglichkeiten mit Hilfe der neugegründeten Bausparkassen prosperierte zwischen 1924 und 1929 die Bautätigkeit und eine Auseinandersetzung mit neuen architektonischen und städteplanerischen Formen setzte ein.[31]
Während dieser fünf Jahre war die Wirtschaft von Wachstum durch Investitionen und wirtschaftlichem Aufschwung bestimmt, der im Wohnungsbau seine Parallele fand, so daß sich auch die soziale Lage leicht entspannen konnte.[32] In dieser Phase wurden schließlich die berühmtesten Wohnungsbauprojekte des Neuen Bauens verwirklicht.

---

[23] Art. 153, 155 der Weimarer Verfassung zit. nach: Schulz, 1993a, S.21 und Blumenroth, 1975, S.163. Siehe auch: Schulz, 1997, S.155.
[24] Blumenroth, 1975, S.164.
[25] Schulz, 1997, S.164.
[26] Kähler, 1996, S.326.
[27] Die Hauszinssteuer ist die besonders in Gewicht fallende und für die Weimarer Zeit typische Sondersteuer, daneben umfaßte das Subventionssystem zahlreiche weitere Steuern und Abgaben, näher dazu: Schulz, 1993a, S.27. Zur Hauszinssteuer in Frankfurt siehe Kähler, 1985, S.224 ff. Zur Hauszinssteuer allg. siehe auch Schulz 1993b, S.46.
[28] Blumenroth, 1975, S.256-257.
[29] Schulz, 1997, S.155. Die von öffentlicher Hand geförderten Gesellschaften boten den Vorteil einer höheren wirtschaftlichen Flexibilität und einer Nichtbelastung der öffentlichen Finanzen. Siehe auch Blumenroth, 1975, S.170.
[30] Schulz, 1997, S.163.
[31] Kähler, 1996, S.324.
[32] Henning, 1997, S.76 ff.

2.3. Rückgang der Bautätigkeit in der Wirtschaftskrise

Mit der Weltwirtschaftskrise 1929 endete die Phase der Prosperität:

> „In der Weltwirtschaftskrise brach die Bautätigkeit ein. Da zahlreiche Menschen durch die hohe Arbeitslosigkeit verarmt waren, standen viele Wohnungen leer, obwohl weiterhin Wohnungsmangel herrschte. [..] Nun blühten Selbsthilfe und Schwarzbau. Die öffentliche Hand propagierte vor allem den Bau von Einfamilienhäusern mit viel Selbsthilfe, von Klein- bzw. landwirtschaftlichen und Stadtrandsiedlungen. Dabei verbanden sich wohnungspolitische und subsistenzwirtschaftliche Ziele.“[33]

In der Weltwirtschaftskrise liefen die für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuermittel fast völlig aus, so daß ein Einschnitt in die staatliche Wohnungsbauförderung stattfand.[34] Vor dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit und Armut wurden besonders Eigenheime und Kleinsiedlungen gefördert mit

> „einer vorwiegend gartenbaumäßig zu nutzenden Landzulage“. [35]

Im Herbst 1931 erließ die Regierung ein Programm zum Bau von Erwerbslosen-siedlungen unter Selbstbeteiligung, das zur Errichtung von einigen einfachen Kleinhäusern an den Stadträndern führte.[36] Die Errichtung von Mietwohnungen in Großsiedlungen wurde nicht mehr geplant, die Architektur der Moderne konnte nur noch eingeschränkt verwirklicht werden.
Neues Ziel war neben der Erhöhung des Lebensstandards der Bewohnerinnen und Bewohner vor allen Dingen die Annäherung an eine Autarkie, - Autarkie der Siedlung und Autarkie Deutschlands. Der Weg zur nationalsozialistischen Wohnungspolitik war somit nicht mehr weit.

2.4. Wohnungspolitik als Sozialpolitik

Nach dem Ersten Weltkrieg konnte sich die staatliche Wohnungspolitik hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Aufgabe, die Mindestversorgung der Bevölkerung mit Wohnraum sicherzustellen, nicht darauf beschränken, allein den Problemgruppen und den Personenkreisen, gegenüber denen der Staat eine besondere Verpflichtung hat, bei der Wohnraumbeschaffung zu helfen. Zwar wurde Wohnungsbau für Land- und Bergarbeiter, Staatsbedienstete und Kriegsbeschädigte besonders gefördert, jedoch bedurfte es vielmehr einer weitreichenden und umfassenden allgemeinen Wohnungsbauförderung:[37]

> Durch Krieg und Inflation entstanden „zahlreiche gesellschaftliche Notlagen neu, die nicht mehr nur die unteren Bevölkerungsschichten als die ´klassischen´ Problemgruppen betrafen. [..] Damit weitete sich nach dem Ersten Weltkrieg [..] die sektorale Wohlfahrtspolitik zur allgemeinen Sozialpolitik und damit zur sozialen Strukturpolitik.“[38]

---

[33] Schulz, 1997, S.156.
[34] Blumenroth, 1975, S.263.
[35] Ebd., S.264.
[36] Hüter, 1988, S.169.
[37] Blumenroth, 1975, S.247. Und: Schulz, 1997, S.155.
[38] Schulz, 1993a, S.22.

Wohnungspolitik wurde „Teil des sich nun rasch ausprägenden Sozialstaates“[39]. Als Gegenentwurf zur Mietskaserne verstanden sich die Großsiedlungen von Kommunen und Gewerkschaften, die nicht nur quantitativ die Wohnungsnot beheben sollten, sondern auch in der Form des Neuen Bauens als spezifisch sozial gebundener, öffentlich-planwirtschaftlicher Massenmietwohnungsbau eine neue ästhetische Sprache fanden:

> „Der Kubus, strenge Sachlichkeit, formale Einfachheit und der Verzicht auf Subjektivismen, große Dimensionierung der Siedlungen und die Reihung gleicher, oft farbig abgesetzter Elemente waren Ausdruck eines Wohnungsbaues für die Vision einer demokratischen, egalitären, solidarischen Massengesellschaft.“[40]

In der architektonischen Gestaltung der neuen Siedlungen drückte sich die gesellschaftspolitische Zielsetzung aus.

---

[39] Schulz, 1997, S.162. Zur Expansion des Sozialstaates und städtischer Sozialpolitik in der Weimarer Zeit siehe auch: Lieberman, Ben: From Recovery to Catastrophe, Municipal Stabilization and Political Crisis in Weimar Germany, New York / Oxford 1998.

[40] Schulz, Günther: Von der Mietskaserne zum Neuen Bauen, Wohnungspolitik und Stadtplanung in Berlin während der zwanziger Jahre, in: Alter, Peter (Hg.): Im Banne der Metropolen: Berlin und London in den zwanziger Jahren, Göttingen 1993, S.64-65. Im Folgenden zit. als Schulz, 1993b.

3. Wohnungsbaupolitiken im Vergleich Politische Intention und städteplanerische Entwicklung

3.1. Einfluß der Städte im Wohnungswesen

In der Weimarer Republik war die Wohnungspolitik grundsätzlich Reichssache, d.h. dem Reich oblag die Zuständigkeit für die Rahmengesetzgebung auf den Gebieten des Bodenrechts, der Bodenverteilung, des Ansiedlungs- und Heimstättenwesens, der Bindung des Grundeigentums und des Wohnungswesens.[41] Die Länder hatten die Möglichkeit bei der Ausgestaltung von Wohnungsfürsorge und Finanzierung einzugreifen, so zum Beispiel über die preußische Gebäudeentschuldungssteuer als Hauszinssteuer.[42]
Bei der praktischen Umsetzung der staatlichen Wohnungspolitik hatten jedoch die Kommunen eine Schlüsselstellung inne, so daß sie bei der Vergabe der Mittel zur Wohnungsbauförderung, der Auswahl der Bauträger, der Belegung der Wohnungen wie auch bei städtischer Siedlungspolitik und Stadtplanung eigene Akzente setzen konnten, so besonders die Großstädte:[43]

> „Die großen Kommunen gewannen durch die neuen interventionistischen Werkzeuge nachhaltig Einfluß auf die Reglementierung des Wohnungsbestandes und auf die Bautätigkeit in ihrem Bereich. Dies galt unbeschadet der Tatsache, daß sie gegenüber der zentralstaatlichen Ebene an Handlungsspielraum verloren.[..] Und sie waren, aufgrund der großstädtischen Wählerklientel, häufig sozialdemokratisch orientiert, auch wenn auf der kommunalen Ebene parteipolitische Gegensätze zumeist nicht so stark ausgeprägt sind wie auf der gesamtstaatlichen Ebene. Sie nutzten ihren neu gewonnenen Einfluß vielfach, um sozialistische Alternativen zum kapitalistischen Wohnungsbau zu entwickeln.“[44]

Gerade in den Metropolen entstand in den zwanziger Jahren ein Klima reger Diskussionen über soziale Fragen und künstlerische Antworten auf diese. In Europa wie auch in Nordamerika boten die Städte Raum für die Entwicklung politischer und architektonischer Utopien und Entwürfe bis dahin noch unbekannter Kunstformen.

3.2. Frankfurt am Main

Auch in Frankfurt kam die Bautätigkeit erst nach 1924 wieder in Schwung. Nach den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit mit den damit verbundenen Versorgungsschwierigkeiten auch in der Baubranche, kam die Bauproduktion unterstützt von der öffentlichen Hand nur langsam in Gang. Erst die finanzielle Konsolidierung 1923 und die Einführung der Hauszinssteuer 1924 schufen eine Basis für einen Aufschwung im Wohnungsbau.[45]
Die drückende Wohnungsnot führte dazu, daß die Notwendigkeit eines umfassenden Wohnungsbauprogramms für sozial schwache Bevölkerungs-

[41] Schulz, 1993a, S.21.
[42] Schulz, 1997, S.155.
[43] Ebd., S.162.
[44] Schulz, 1993a, S.30.
[45] Kähler, 1985, S.196.

schichten von nahezu allen Parteien anerkannt wurde. In der Folge wurde ein Wohnungsbauprogramm vorgelegt und Ernst May[46] 1925 als Leiter des neu errichteten Amtes für Städtebau und Siedlungswesen gewählt.[47] Mit dem Namen May werden heute wie kaum einem zweiten Neues Bauen, industrielle Bauweise und Funktionalismus bei der Gestaltung der Stadt und des Binnenraumes der Wohnung verbunden.
Ernst May verfügte über außerordentlich große Kompetenzen und politischen Rückhalt[48], so daß er das das gesamte Frankfurter Baugeschehen kontrollieren und mit städtischen Programmen planen konnte:

> „Von 1925 bis 1933 wurden 90 Prozent der Neubauwohnungen im Rahmen städtischer Bauprogramme errichtet.“[49]

Sein Einfluß war ungewöhnlich groß, was sich auch auf die Bautechnik auswirkte, da May eine größtmögliche Rationalisierung und Verbilligung des Baus anstrebte. Schließlich führte er aufgrund der weiter steigenden Baupreise ein Plattenbauverfahren mit präfabrizierten Betontafeln ein, das sogenannte ´May-System´, das bei den Siedlungen Praunheim und Höhenblick angewendet wurde.[50] Frampton stellt bewundernd fest, daß die eindrucksvolle Zahl von rund 15.000 neuen Wohneinheiten

> „hätte kaum realisiert werden können, wenn May nicht auf Ökonomie und technische Präzision bei Entwurf und Bau gedrängt hätte. Die neue sachliche Bauweise und die stark ansteigenden Baukosten führten dazu, daß Raumnormen für ´das Existenzminimum´ entwickelt wurden – ein Streitpunkt auf der CIAM-Versammlung[51] in Frankfurt im Jahre 1929.“[52]

Prägend war für May der Einfluß des englischen Städteplaner Raymond Unwin[53], bei dem er von 1910 bis 1912 arbeitete. Unwin befaßte sich vor allem mit den Problemen der Großstädte, die im allgemeinen von den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen als zu groß empfunden wurden. Dieser Eindruck wurde besonders in den Mietwohnquartieren und Arbeitervierteln erzeugt, die die größten hygienischen Mängel zeigten. ´Licht, Luft und Sonne´ versprach man sich dahingegen von einer Neugestaltung der Vorstädte und auch Unwin sah in der Eingrenzung der Großstadt und der sozialen Durchmischung der Vorstädte eine Alternative.[54] Vorbild war auch für Unwin im Hinblick auf die Verbindung städtischen Lebens mit der Natur die englische Gartenstadt.[55] Allerdings sah er

---

[46] Lebensdaten 1886-1970.
[47] Dezernat für Kultur und Freizeit, Amt für Wissenschaft und Kunst der Stadt Frankfurt am Main (Hg.): Ernst May und das Neue Frankfurt 1925-1930, Berlin 1986, S.42.
[48] Schulz, 1997, S.163.
[49] Ebd., S.158.
[50] Frampton, Kenneth: Die Architektur der Moderne, Eine kritische Baugeschichte, 5. Aufl., Stuttgart 1995, S.120.
[51] Congrès Internationaux d´Architecture Moderne. Internationale Vereinigung moderner Architektinnen und Architekten 1928-59, deren Kongresse der Theoriebildung dienten. In der Charta von Athen, den städtebaulichen Leitsätzen der CIAM von 1933, wurde die Funktionstrennung von Wohnen, Arbeiten, Erholen und Verkehr manifestiert, die v.a. den Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg prägte.
[52] Frampton, 1995, S.120.
[53] Lebensdaten 1863-1940.
[54] Kähler, 1985, S.36.
[55] Von England ausgehende Reformbewegung, die überschaubare, Stadt und Land verbindende Siedlungen propagierte. Bedeutend wurde das Gartenstadtschema von Ebenezer Howard. Ein

die Gartenstadt nicht wie Ebenezer Howard[56] als wirtschaftlich selbständige und unabhängige Einheit, sondern forderte die neuen Wohnsiedlungen pragmatisch in einiger Entfernung von den Metropolen einzurichten, zwar von ihnen durch einen verbindlich festgelegten Grüngürtel getrennt, aber abhängig, - als Trabantenstadt.[57]

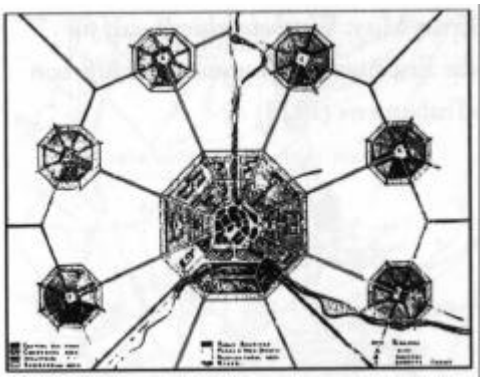

Abb.3 Raymond Unwin: Schema einer Trabantenstadt

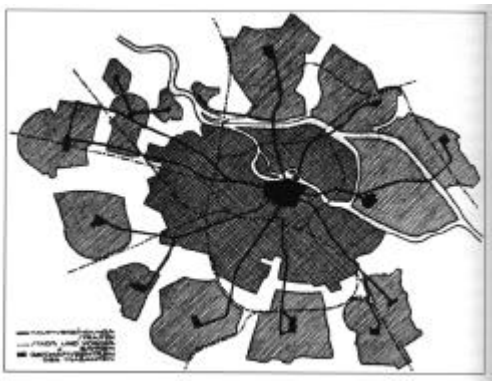

Abb.4 Ernst May: Wettbewerbs-entwurf für die Erweiterung Breslaus mit Hilfe von Trabanten (1923)

May legte von der Trabantenstadtkonzeption Raymond Unwins inspiriert, fünf große und zwölf kleine Siedlungen halbkreisförmig um die Frankfurter Innenstadt an.[58] Nach May sollte es dabei reine Wohntrabanten und Trabanten für Industrie und Gewerbe geben, gemäß dem Konzept der Funktionstrennung.[59]
Als Vorbild für seine ersten Siedlungseinheiten nahm May auch Otto Haeslers[60] Siedlung Italienischer Garten in Celle, in der bereits Zeilenbau, Flachdächer, polychrome Fassaden und die moderne Formensprache eingesetzt wurden.[61]
Die politischen Zielsetzungen der Wohnungspolitik spiegeln sich in den Formen der Architektur wider, denn, so formulierte Kähler,

> „das ist nicht nur ´angewandte Funktion´. Diese Architektur ist, wie wenige, Demonstration, sie ist Programm.“[62]

Das freistehende Einfamilienhaus spielte bei May nur eine untergeordnete Rolle, es sollte dem Mittelstand vorbehalten bleiben, während der Schwerpunkt in Mays Konzept auf Reihen- und Doppelhäusern und Mehrfamilienhäusern niedriger Bauweise lag.[63] Um eine optimale und gleichwertige Durchlichtung und Durchlüftung der Wohneinheiten zu ermöglichen, entfernte sich May immer mehr von der traditionellen städtischen Blockrandbebauung, bis er schließlich in der Siedlung Westhausen zum ausschließlichen und radikalen Zeilenbau überging.

Musterbeispiel einer gebauten Gartenstadt ist die Siedlung Dresden-Hellerau. Siehe auch: Dezernat für Kultur und Freizeit, 1986, S.86.

56 Lebensdaten 1850-1928.

57 Kähler, 1996, S.329. Und: Kähler, 1985, S.28.

58 Schulz, 1997, S.158. Siehe zu Mays Trabantenstadt-Idee auch Kähler, 1985, S.209 ff. und Kähler, 1996, S.327 ff.

59 Seit Tony Garniers Entwurf der Cité Industrielle galt die Funktionstrennung als die beste der städtebaulichen Lösungen in der Industriegesellschaft (Lebensdaten 1869-1948). Siehe dazu Frampton, 1995, S.88 ff. Siehe auch: Kähler, 1996, S.329-330.

60 Lebensdaten 1880-1962.

61 Frampton, 1995, S.119.

62 Kähler, 1985, S.12.

63 Ebd., S.213-214.

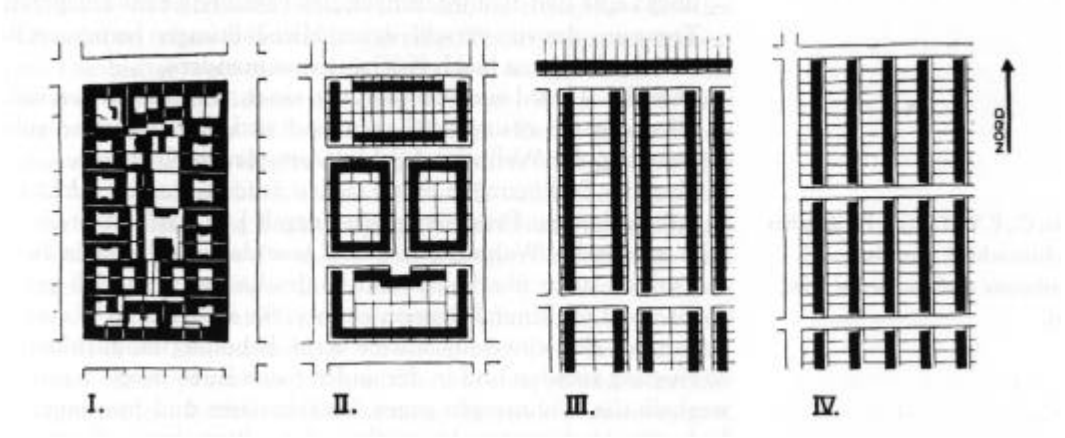

Abb.5 Entwicklung von der Mietskasernenstruktur zur Zeilenbauweise

In reiner Form wurde der Zeilenbau in Frankfurt zwar wenig gebaut, die Planungen um 1930 hatten diesen aber alle zum Ziel. May hat der

> „Einfachreihe im Flachbau besonderes Gewicht (verleihen wollen): sie und nur sie sollte als letzter Fortschritt rationeller Planung den zukünftigen Frankfurter Siedlungen im Stadterweiterungsbereich zugrunde liegen."[64]

May hatte auch Vorstellungen über die Bauformen im Einzelnen: Autarkie der Lebensmittelversorgung durch Gärten, festgelegte Größe, keine landschaftliche Zersiedlung, flache, weiträumige Bebauung unter allmählicher Staffelung der Bebauungshöhen zu einem vielgeschossigen Geschäftskern gehörten zu seinem Konzept.[65] Entscheidend war dabei die Typisierung der Bauformen für eine rationelle Produktion.[66]

Abb.6 Gartenhof der Siedlung Bruchfeldstraße, Niederrad

Eine der ersten Siedlungen Mays war die 1926/27 errichtete Wohnanlage Bruchfeldstraße, bei der es sich um ein innerstädtisches Gebiet mit vorhandener gegebener Bebauung und Straßenführung handelte.[67] Entgegen späteren Projekten diente hier noch der traditionelle Dorfanger für May als Vorbild, so daß er eher geschlossene städtische Bereiche zu gestalten versuchte.[68]

[64] Fehl, G.: vom Berliner Baublock zur Frankfurter Reihe und zurück, in: Um Bau 5/81, S.46, zit. nach: Kähler, 1985, S.147.
[65] Kähler, 1985, S.210-211.
[66] Ebd., S.214.
[67] Ebd., S.229.
[68] Frampton, 1995, S.120.

Im westlichen Teil der Siedlung liegen Einfamilien-Reihenhäuser, der übrige Teil ist vorwiegend dreigeschossig bebaut.[69] Die Neubauten folgen dem Straßenverlauf, so daß es einen fast vollständig geschlossenen Block gibt, der durch den schrägen Versatz der Einheiten in einem gleichmäßigem Zick-Zack-Verlauf und durch ein an der Längsachse symmetrisch positioniertes Portal gekennzeichnet ist. Die Höhe der Bauten passt sich zwar der Umgebung an, aber eine Beziehung zwischen der vorhandenen Bebauung und den auffallenden Neubauten wurde nicht hergestellt. Dennoch kann die Siedlung an der Bruchfeldstraße als Versuch Mays betrachtet werden, eine humanere, gesunde Architektur in die bestehende Stadt einzupassen. Deutlich abzulesen ist jedoch die Entwicklung Mays, der sich allmählich immer weiter von traditionellen architektonischen und städtebaulichen Formen löste. Konsequenter wurde seine Wohnungspolitik dann in den darauffolgenden Jahren. Neu gebaut wurden die Siedlung „Römerstadt“, „Westhausen“, „Praunheim“ und „Höhenblick“ im Niddatal.[70] Im Folgenden werde ich aus Gründen des Umfangs aber nur auf die Wohnanlagen Römerstadt und Westhausen eingehen.
Die Stadterweiterungen im Niddatal kamen der Idee der Trabantenstadt sehr nahe:

> „Von der Stadt aus, von Frankfurt (das Foto wird mehrfach von May veröffentlicht), wirkt die Siedlung [Römerstadt] als Insel in der Ferne, das Weiß als breites Band über dem Grün der Landschaft: das Bild eines Ideals, eines ´himmlischen Jerusalem´.“[71]

Abb.7 Ernst May: Rückfront Straße „In der Römerstadt“

In der Römerstadt wurden mehr als die Hälfte der Wohnungen als Einfamilien-Reihenhäuser gebaut, daneben gab es Zweifamilienhäuser und dreigeschossige Bauten an den Hauptstraßen.[72] Die Straßen folgen den Höhenlinien des Geländes, die Zeilenbebauung wird häufig von Fußwegen durchbrochen, die Gärten durch Baumreihen und Hausseiten räumlich definiert. Das Gelände wird durch eine umlaufende Mauer mit wenigen

[69] Kähler, 1985, S.229.
[70] Ebd., S.231.
[71] Ebd., S.233.
[72] Ebd., S.232.

Treppenzugängen und halbrunden Beobachtungsplattformen begrenzt, so daß das die Bezeichnung ´Römerstadt´ auf den römischen Befestigungswall gegen die Germanen zurückgeht, der in der Nähe verlief.

> „Die Mauer als Abgrenzung richtet sich gegen die alte Stadt, gegen Frankfurt auf der anderen Seite des Tales.“[73]

An der Römerstadt ist die politische Absicht deutlich abzulesen, die Trabanten in der Größe zu begrenzen und sie auch im symbolischen Sinne gegen die Großstadt zu schützen.

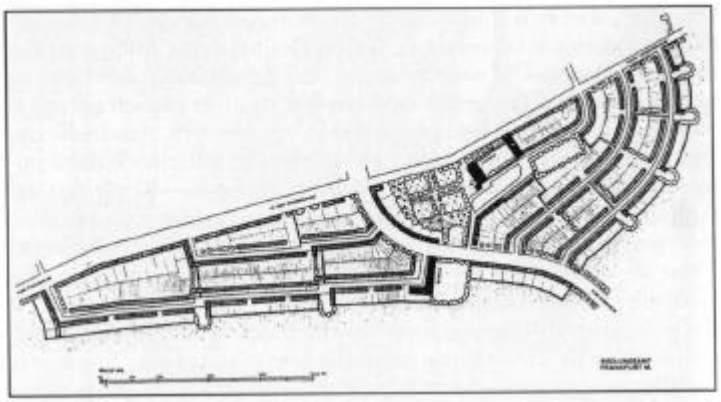

Abb.8 Siedlung Römerstadt 1927/28

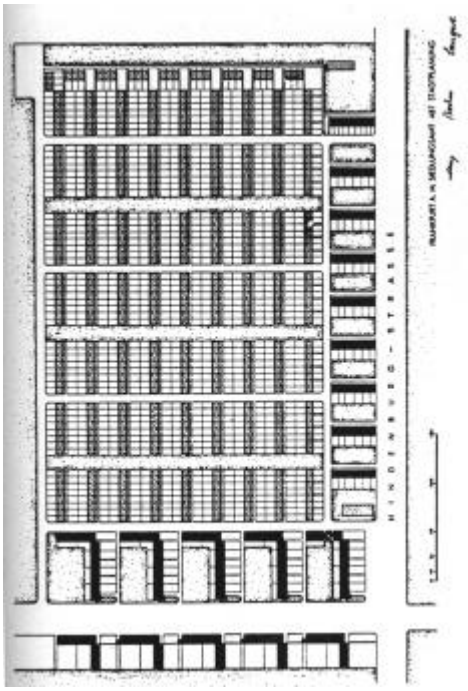

Abb.9 Siedlung Westhausen 1929-31

Die ebenfalls im Niddatal befindliche Siedlung Westhausen bezieht nicht mehr in dem Maße die natürliche Umgebung, den Fluß und das landschaftliche Gefälle ein. Auf einem rechteckigen Raster befinden sich in Nord-Süd-Richtung orientierte Zeilen von Reihenhäusern, die dem Raster folgend in einem Schema von Garten, Haus und Weg geordnet sind. Zwischen den Zeilen und der Hauptstraße liegen viergeschossige Laubenganghäuser in West-Ost-Richtung. In der Kritik wurde geäußert, daß Flächen in einem strengen Ordnungssystem entstehen, aber kein architektonisch gefaßter Raum zwischen den Baukörpern. Kähler schließt sich der Meinung an, daß diese Architektur sich den Gesetzen des Fließbandes und damit des Kapitalismus unterwerfe:

> „Anstatt sich die Technik zunutze zu machen, kann [die Architektur] nichts anderes als die Rationalität des Fließbandes ausdrücken.“[74]

Ziel war es aber, so relativert Kähler selbst, unter dem ökonomischen Zwang der Wohnungsnot, die Wohnungsgrößen zu minimieren und dabei allen

[73] Ebd., S.234.
[74] Kähler, 1985, S.236.

Bewohnerinnen und Bewohnern gleiche, ausreichende und gesunde Wohnbedingungen zu schaffen.[75]
Die Siedlung Westhausen kann sicherlich als die konsequenteste Umsetzung der wohnungspolitischen Ziele Mays betrachtet werden.

3.3. Berlin

In Berlin war die Wohnungssituation nach dem Ersten Weltkrieg besonders katastrophal. Vor dem Hintergrund „wahnwitziger Bodenpreise“ und einem weithin festgelegtem Straßenraster galt es, die Wohnbedingungen grundlegend zu verbessern.[76]

> „1905 wohnten neunzig Prozent der Berliner in vier- bis fünfgeschossigen Mietshäusern. Neun von zehn Wohnungen hatten kein Bad, und bei fast der Hälfte befanden sich die Klosetts im Treppenhaus oder auf dem Hof. Fast die Hälfte, nämlich 45 Prozent aller Wohnungen, lag in Hinterhäusern ohne ausreichend Licht und Frischluft; 42 Prozent waren Einzimmerwohnungen, in denen im Durchschnitt drei Personen wohnten.“[77]

1920 wurden Eingemeindungen von Vororten und benachbarten Städten durch USPD und MSPD zur Erweiterung des städtischen Raumes vorgenommen, so daß eine Wohnungspolitik und Städteplanung zur Behebung der Wohnungsnot erst möglich wurde.[78] Mit der Bildung des neuen Groß-Berlins entstand für die Städteplanung zugleich jedoch die schwierige Aufgabe,

> „aus mehreren heterogenen Zentren eine Gesamtstadt zu gestalten, wobei die Teile doch ein wirtschaftliches, gesellschaftliches und kulturelles Eigenleben behalten sollten.“[79]

Berlin war flächenmäßig nach den Eingemeindungen die zweitgrößte Weltstadt nach Los Angeles, nach der Bevölkerungszahl die drittgrößte nach London und New York. Die Stadt war schon alleine aufgrund ihrer Größe einzigartig in der Weimarer Republik.[80]

> „Berlin war in Deutschland ein Spezialfall. Die außergewöhnliche Stellung der Stadt resultierte aus der Hauptstadtfunktion, der Größe der Stadt und der Präponderanz der Mietskaserne, die es nirgendwo sonst in Deutschland in ähnlichem Umfang gab. Sie war typisch für Berlin, doch sie war nicht der ´Normaltyp´ der Arbeiterwohnung in Deutschland während der Weimarer Zeit.“[81]

Die Berliner Stadtplanung wurde von dem Sozialdemokraten Martin Wagner[82] geprägt, der von 1926 bis 1933 Stadtbaurat für Hochbau und Siedlungswesen war. Der Sozialist und engagierte Sozialpolitiker Wagner war schon 1924 bei Gründung der „Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin mbH (WFG)“ in Berlin beteiligt.[83] Er war

---

[75] Ebd., S.237.
[76] Hüter, 1988, S.173.
[77] Hüter, 1988, S.173.
[78] Ebd., S.150. Und: Schulz, 1993b, S.43.
[79] Ebd., S.151.
[80] Schulz, 1993b, S.43.
[81] Ebd., S.85.
[82] Lebensdaten 1885-1957.
[83] Schulz, 1997, S.157. Und Schulz, 1993b, S.47.

„Anhänger des Neuen Bauens, der industriellen Bauweise und einer polyzentrischen, vom Gartenstadtideal beeinflußten Stadtlandschaft mit funktionalen Schwerpunkten und einer Zonen- oder Staffelbauordnung, die die Bauhöhen vom Zentrum zur Peripherie hin abstufte. Wagners Tätigkeit brachte für die Berliner Administration den Durchbruch des Neuen Bauens.“ [84]

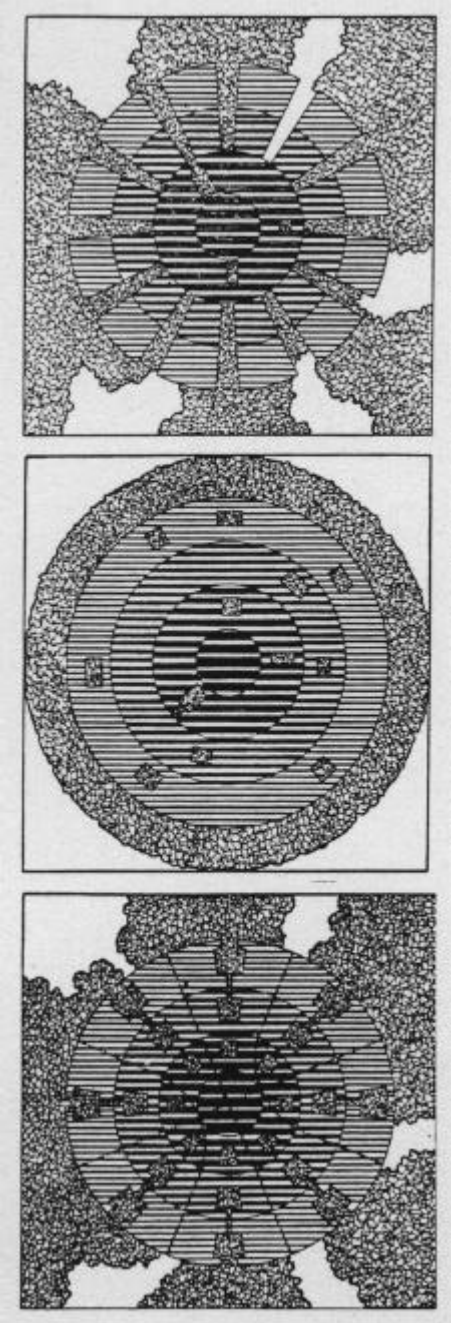

Abb.10 Wagner: Keiltheorie, Gürteltheorie, Durchgrünung

Bestimmend im Städtebau war für Martin Wagner ein System von Grünflächen[85], daß die Großstadt auflockern, die dichtbebauten Wohngebiete durchlüften und den Bewohnern eine Freizeitfläche bieten sollte. Martin Wagner unterschied zwischen sanitärem und dekorativem Grün, wobei nur das sanitäre Grün ein gesundes und humanes Wohnen ermögliche.[86] Er kam in seiner Dissertation zu dem Ergebnis,

„daß weder die Gürtel- noch die Keiltheorie voll befriedigt, wenn man die praktische, die physische Nutzung durch den Menschen im Sinne eines ´sanitären´ und nicht bloß dekorativen Grün zugrunde legt. Seine Schlußfolgerung war, daß Freiflächen dort angelegt werden müssen, wo sie gebraucht werden, also in enger Nachbarschaft zu den Wohngebieten.“[87]

Entscheidend war dabei eine Verbindung von Stadt und Land zu einer übergemeindlichen Raumordnung. Durch Dezentralisierung, Bildung von Stadt-nebenzentren und Ausbau von Vorstädten wollte er das Bevölkerungswachstum lenken und eine weitere Zusammenballung im Zentrum verhindern.[88] Im Einzugsgebiet der Ringbahn sollten vorwiegend Wohngebiete in mehrgeschossiger, kompakter, aber durch Grünhöfe aufgelockerter Bauweise entstehen. Die weiter außerhalb liegenden Wohnanlagen sollten sich dagegen in Flachbauweise in die natürliche Umgebung einpassen, in die Landschaft der Wälder und Seen der Berliner Umgebung, so daß die Weltstadt vielmehr zu einer Stadtlandschaft wachse.[89]

Wagners Stellung in der kommunalen Verwaltung war nicht sehr stark und ihm fehlte sogar in der eigenen Partei politischer Rückhalt.[90] Er konnte ohnehin nur begrenzt seine städtebaulichen Leitvorstellungen umsetzen, denn es fehlte an einer wirksamen Bodenpolitik, die Baukosten

[84] Schulz, 1997, S.157-158.
[85] Wagner schrieb Dissertation „Das sanitäre Grün der Städte“. Siehe dazu Hüter, 1988, S.154.
[86] Kähler, 1985, S.40.
[87] Hüter, 1988, S.154.
[88] Ebd., S.155.
[89] Ebd., S.158.
[90] In der Konsequenz trat er 1931 aus der SPD aus. Siehe: Hüter, 1988, S.162.

waren zu hoch und die Finanznöte der Stadt blieben dauerhaft.[91]

> „Martin Wagner beklagte 1929, daß im Unterschied zu Frankfurt a.M. in Berlin keine großzügige Wohnungspolitik möglich sei. Die von ihm für den Dezernenten für Wohnungsbau (Stadtrat Czeminski/SPD) verlangten Vollmachten waren vom Magistrat nicht erteilt worden. Wagner kämpfte vergebens um eine Kommunalisierung des Wohnungsbaus, um alle zur Verfügung stehenden Mittel geballt zum Bau von Wohnungen für Minderbemittelte einsetzen zu können.“[92]

Wagners Einfluß blieb also begrenzt. Dennoch konnte er sich in Teilbereichen und insbesondere bei der Planung einiger Siedlungen durchsetzen, auf die ich im Folgenden eingehen werde.
Grundsätzlich verfolgte Wagner zwei wohnungspolitische Ziele: die Konzentrierung auf große Siedlungskomplexe und die Einführung von industrieller Vorfertigung und Montage (Förderung von Plattenbauweise).[93]
Anders als May lehnte Wagner jedoch das Konzept der Trabantenstadt ab. Nach Wagner sei es unmöglich im kapitalistischen Wirtschaftssystem eine Industriesiedlung außerhalb der Großstadt anzulegen und damit Wohn- und Arbeitsplatz so zu verbinden, daß die Trabanten wirtschaftlich unabhängig wären. Denn die

> „Marktabhängigkeit läßt die Auswanderung der Industrie aus der Großstadt nicht zu; sie saugt im Gegenteil die Industrie an die Großstadt heran.“ Außerdem wäre die Trabantenstadt „wirtschaftspolitisch niemals in der Lage, ihren Einwohnern das an gemeindlichen (Schulen, Krankenhäusern usw.), an technischen (Versorgungsleitungen) und an kulturellen Einrichtungen zu schaffen, was die Großstadt (..) ihnen bieten kann.“[94]

Im Unterschied zu May plante Wagner daher keine Vorort-Trabanten, sondern eher städtisch angebundene Siedlungen am Stadtrand.

Abb.11 Wagner/Taut: Hufeisensiedlung 1925-31

Die erste in Berlin verwirktlichte Großsiedlung war die Hufeisensiedlung Britz.[95] Hier versuchten Martin Wagner und der Architekt Bruno Taut[96], zweckmäßige und gesunde Wohnungen zu errichten. 1924 war Bruno Taut durch Vermittlung Martin Wagners verantwortlicher Architekt der Gemeinnützigen Heimstätten Spar- und Bau-Aktiengesellschaft (Gehag) geworden, de bis 1933 starken Einfluß auf die Berliner Wohnungspolitik hatte, so daß der Architekt und der Städtebauer mehrere Projekte gemeinsam planten.

---

[91] Schulz, 1997, S.157-158.
[92] Hüter, 1988, S.161.
[93] Ebd., S.161.
[94] Wagner, Martin: Städtebauliche Probleme der Großstadt, in: Soziale Bauwirtschaft 7/29, 8/29, S.120, zit. nach: Kähler, 1985, S.241.
[95] Hüter, 1988, S.202.
[96] Lebensdaten 1880-1938.

Der Bebauungsplan für die Hufeisensiedlung Britz wurde dem Gelände um den See angepaßt, so daß sich die Form des namensgebenden Hufeisens ergab. Die Wohnanlage bestand aus dreigeschossigen Zeilen mit Flachdächern, zweigeschossigen Reihenhäusern mit Satteldach und Einfamilienhäusern. Insgesamt umfaßte die Siedlung etwa 2000 Wohnungen.[97] Den Erdgeschoßwohnungen wurden Kleingärten mit direktem Zugang zugeordnet, während die oberen Wohnungen mit Loggien ausgestattet waren.[98] Die Loggien und Treppenhäuser treten als Baumassen hervor oder werden eingeschnitten und gliedern die Gebäude. Die für Taut typische Farbigkeit rhythmisiert und differenziert die Blöcke.

> „In der Hufeisensiedlung hatte das politisch und organisatorisch Neue der genossenschaftlichen Großsiedlung erstmalig einen architektonischen Ausdruck gefunden.“, meint Hüter. Es werde „die Kollektivität zum stilbildenden Faktor.“[99]

Der Zeilenbau wurde dahingegen in Berlin erstmals in der Friedrich-Ebert-Siedlung im Wedding angewendet.

> „Alle Wohnungen waren gleichrangig. Sie unterlagen gleichen Bedingungen in Besonnung, Belüftung und anderen hygienischen Faktoren. Der Unterschied zwischen Straßenfront und Rückfront war beseitigt. Beide Seiten blickten in einen allen gemeinsamen Grünraum.“[100]

Abb.12 Taut: Gliederung durch Farbe, Zehlendorf

Gegen eine Gleichbehandlung allen Wohnraumes gab es jedoch erhebliche Widerstände. Deutlich wurde dies besonders bei der Planung der Waldsiedlung Zehlendorf, die in einer ausgesprochen bürgerlichen Villengegend errichtet wurde und daher großen Protest auslöste.[101] Die ebenfalls von Wagner und Taut gemeinschaftlich geplante Siedlung, die nach einem örtlichen Ausflugslokal auch „Onkel Toms Hütte“ genannt wurde, wurde 1926-31 in einem bestehenden Wald errichtet, von dem möglichst viel zu erhalten versucht wurde.[102] In Zehlendorf entstanden etwa 2200 Wohnungen, vorwiegend für Angestellte. Den größten Teil plante Bruno Taut, aber auch Hugo Häring[103] und Otto Rudolf Salvisberg[104] waren beteiligt.[105] Taut baute in Kuben gegliederte Vierfamilienhäuser und Einfamilienreihenhäuser, deren Fassadenschichtung

[97] Hüter, 1988, S.202.
[98] Ebd., S.173.
[99] Ebd., S.202-205.
[100] Ebd., S.183.
[101] Ebd., S.158.
[102] Ebd., S.206.
[103] Lebensdaten 1882-1958.
[104] Lebensdaten 1882-1940.
[105] Hüter, 1988, S.206.

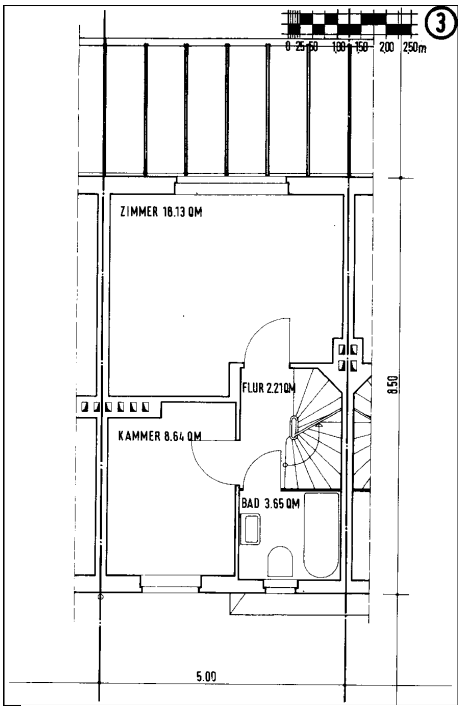

Abb.13 Reihenhaustyp II A Grundriss 1. OG

farbig akzentuiert wurde, sowie ebenfalls farbig rhythmisierte dreigeschosssige Mehrfamilienhäuser.

Für Zehlendorf wurden verschiedene Haustypen entwickelt, so z.B. auch der Reihenhaustyp II A, der mit 3 ½ Zimmern auf 85 m² sehr verdichtet.[106] Die Typisierung der Grundrisse war ein zentraler Ansatz für eine rationelle und funktionale Bauweise.

Der Werkwohnungsbau spielte zwar in Berlin eine eher untergeordnete Rolle, erwähnenswert ist jedoch die Siemensstadt, auch wenn die Bezeichnung Werksiedlung hier nicht ganz zutrifft, denn die Firma Siemens war weder an der Planung noch Finanzierung der Wohnanlage beteiligt.[107] Auch hier spielte die Grünplanung eine bedeutende Rolle.[108] Wagner arbeitete städtebaulich eng mit Hans Scharoun[109] zusammen, beide zogen weitere Architekten wie u.a. Gropius[110] und Häring für die Planung der Wohnbauten hinzu.[111] Jeder der Architekten bearbeitete einzelne Häuserzeilen, mit der Auflage rationelle Grundrißtypen zu schaffen, um eine größtmögliche Anzahl von Betten

Abb.14 Siemensstadt

Abb.15 Weisse Stadt am Schillerpark

[106] Senator für Bau- und Wohnungswesen (Hg.): Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin, Beiheft 1, Bezirk Zehlendorf, Berlin/Florenz 1980, S.65 ff.
[107] Schulz, 1993b, S.68.
[108] Hüter, 1988, S.224.
[109] Lebensdaten 1893-1972.
[110] Lebensdaten 1883-1969.
[111] Zur Siemensstadt siehe auch: Hüter, 1988, S.228.

unterzubringen. Scharoun selbst entwickelte im Norden der Siedlung eine breite Grünzone als ´Raum der Mitte´ für Promenaden und Spielflächen, innerhalb der auch die (nur teilweise gebaute) Schule plaziert wurde. Von dieser Freizone aus zog sich das Grün in die Hauszeilen hinein. Hüter schreibt:

> „Die Siedlung Siemensstadt zeigte, daß sich die Vorteile des Zeilenbaus, ohne doktrinäre Erstarrung, mit differenzierten, einprägsamen Raumbildern verbinden ließen. Sie zählt deshalb zu den besten Leistungen des Neuen Bauens.“[112]

Ein Beispiel für eine eher traditionelle Blockbebauung ist die ebenfalls von Taut geplante Siedlung in Reinickendorf am Schillerpark, die aus einer dreigeschossigen halboffenen Randbebauung um Gartenhöfe besteht.[113] Die 1929-31 errichtete Siedlung Schillerpromenade wurde bald wegen ihrer weißen Putzbauten auch „Weiße Stadt“ genannt. Die städtebaulich sehr geschlossen angeordnete Siedlung erhielt ihre Dominante in einem fünfgeschossigen Laubenganghaus, das als Brückenbau eine Allee überspannt.[114]
Gerade in Siedlungen wie der Weißen Stadt oder der Siemensstadt spiegelte sich die gesellschaftspolitische Zielsetzung in der architektonischen Sprache wider.

> Nach Hüter galten „Siedlungen wie die Weiße Stadt in Reinickendorf oder Siemensstadt [..] in den Reihen der fortschrittlichen Architekten als ´Symbole einer neuen Zeit´, die ´für das demokratische Bauen der Gegenwart´ Zeugnis ablegten und ´zum erstenmal in der Geschichte gleiches Recht für alle auf eine menschenwürdige Wohnung´ proklamierten.“[115]

3.4. Köln

In Köln regierte seit 1917 ununterbrochen die Zentrumspartei mit Konrad Adenauer als Oberbürgermeister. Mit seiner Wahl begann der systematische Ausbau Kölns zu einer Großstadt, der auch unter den Konservativen von sozialreformerischen Gedanken getragen war. Adenauer konnte schließlich den Hamburger Fritz Schumacher[116] für 1920 bis 1923 als Baudezernenten gewinnen.[117] Nach dessen Generalbebauungsplan sollten die weit vor der Stadt liegenden Siedlungen in eine dezentral organisierte Gesamtstadt eingegliedert werden.[118] Im Norden der Stadt sollte Industrie angesiedelt werden, was erst 1930 mit dem Bau der Ford-Werke in Niehl umgesetzt wurde. Bereits 1920 wurde aber der äußere Festungsgürtel der Stadt zu einem äußeren Grüngürtel umgewandelt, der sich um die linksrheinische Stadt legt. Dicht um die alte Stadtgrenze zog sich ein weiterer, innerer Grüngürtel und rechtsrheinisch sollten die bestehenden Forste die Stadt begrenzen.

---

[112] Ebd., S.236.
[113] Ebd., S.178.
[114] Ebd., S.226.
[115] Ebd., S.182.
[116] Lebensdaten 1869-1947.
[117] Die Entwicklung in Hamburg kann aus Gründen des Umfangs in dieser Arbeit nicht mehr aufgenommen werden. Als einleitende Lektüre zum Hamburg Fritz Schumachers bietet sich an: Kähler, 1985.
[118] Zu Schumachers Plan siehe auch: Fussbroich, Helmut: Architekturführer Köln, Profane Architektur nach 1900, Köln 1997, S.39-40.

Abb.16 Schumacher: Bebauungsplan für Köln linksrheinisch

1922 fanden dementsprechend einige Eingemeindungen statt, zugleich wurden die Verkehrswege ausgebaut, ein neuer Bahnhof (am Aachener Weiher), eine weitere Brücke (die Mülheimer Brücke), eine Vergrößerung des Flughafens Butzweiler Hof und eine erste Kraftwagenstraße von Köln nach Bonn errichtet.[119] Im Wohnungsbau blieb die Stadt jedoch im Unterschied zu Frankfurt und Berlin trotz der großer Mängel zurückhaltend:

> „Mit Ausnahme der Errichtung von Behelfswohnungen in Baracken, Schulen und sonstigen Gebäuden hat die Stadt selbst keine Wohnungen gebaut, sondern lediglich in Art einer Baubank die Bereitstellung und Hergabe der Baugelder betrieben. Die Ausführung erfolgt sowohl durch Privatbauherren wie durch gemeinnützige Bauvereinigungen.“[120]

Die in der Weimarer Zeit bedeutendste Kölner Wohnbaugesellschaft war die 1913 gegründete „gemeinnützige Aktiengesellschaft für Wohnungsbau“ (GAG), auf die die Stadt noch satzungsgemäß gesicherten Einfluß hatte.[121] Nach einer Festschrift des Architekten- und Ingenieurverein für den Niederrhein und Westfalen und Köln von 1927 sollte es Aufgabe der Gesellschaft sein

> „durch einheitliche und zweckmäßige Erschließung geeigneter größerer Geländeflächen die Erstellung von Einfamilienhäusern in der Großstadt zu ermöglichen. Planmäßig sollte in den Außenbezirken die Schaffung von Kleinhaussiedlungen in die Wege geleitet werden.“[122]

Zunächst verfolgte die gemeinnützige Aktiengesellschaft für Wohnungsbau überwiegend das Konzept eines traditionellen Wohnungsbaus und sorgte für räumliche Durchmischung mit dem Ziel, weltanschaulich-politisch geschlossene Großsiedlungen zu verhindern.[123] Erst im Laufe der zwanziger Jahre rückte die Gesellschaft vom Einfamilienhausbau ab und begann in Zusammenarbeit mit

---

[119] Fussbroich, 1997, S.39.
[120] Architekten- und Ingenieurverein, für den Niederrhein und Westfalen und Köln (Hg.): Köln, Bauliche Entwicklung 1888-1927, Köln 1927, S.89.
[121] Ebd., S.88.
[122] Ebd., S.87-88.
[123] Schulz, 1997, S.158.

dem Architekten Wilhelm Riphahn[124] den öffentlich geförderten Bau von Kleinwohnungen im Sinne des Neuen Bauens.[125]
Als Ziel des Siedlungsbaus formuliert der Architekten- und Ingenieurverein 1927 das Schaffen „einwandfreier Wohnungen“[126]. Der Verein argumentiert aber nicht sozialpolitisch oder demokratietheoretisch wie es in Berlin oder Frankfurt zur gleichen Zeit üblich war, sondern aus rein wirtschaftlichen Argumenten:

> „Sie erfüllen damit eine Aufgabe, deren Lösung von vielen Faktoren abhängig ist, namentlich aber von der heutigen Wirtschaftslage, welche verbietet, Mittel in Form von Geld und Baustoffen anders als äußerst wirtschaftlich zu verwenden. Wir stehen heute auf dem Gebiet des Wohnungsbaus erst im Anfang einer rationellen Erstellung von Wohnungen und sind noch allzu befangen in den alten Idealen des Wohnungsaufwands und damit der Grundrißgestaltung. Der Wille zu neuer Gestaltung ist jedoch auf dem Marsch, seine Träger sind vielerorts in Deutschland und im Ausland am Werk, um auf dem Wege der Typisierung der Bauten und der Normung der Bauteile das Allerbeste für unser verarmtes Vaterland herauszukristallisieren.“[127]

Der Verein beschreibt in seiner Festschrift die Schwierigkeiten bei der Planung großzügiger Wohnsiedlungen, da der Grundbesitz in Köln stark zergliedert war, hohe Grundstückspreise vorherrschten, das Stadtgebiet von vielen Verkehrslinien durchschnitten war und eine große Zahl eigenständiger Vororte vor der Stadt lagen.[128] Dennoch war die Bildung von Arbeiter-Großsiedlungen auch politisch unerwünscht, da hier die Politisierung der sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen leicht gefördert worden wäre. Statt dessen setzte die Kommune über die Baugesellschaften viel eigenes Kapital ein, so daß insgesamt während der Weimarer Zeit in Köln weitaus mehr Wohnungen pro Kopf errichtet wurden als in Berlin und in den meisten Großstädten.[129] So konnte durch die Vermeidung sozialer Härten auf dem Wohnungsmarkt eine Radikalisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter in Köln verhindert werden.
Während der Wirtschaftskrise 1929 wurde die Wohnungsnot in Köln so groß, daß sich nun auch Adenauer direkt mit dem Wohnraummangel befaßte. Er förderte den Wohnungsbau und spornte die städtische Wohnungsbaugesellschaft, die GAG, zum Siedlungsbau an.
So wie sich der Bau von Großsiedlungen nicht umsetzen ließ, setzte sich auch die Architektur des Neuen Bauens zwar nicht durch, sie beeinflußte jedoch auch in Köln die Architekten.[130]
Vom Neuen Bauen inspiriert war z.B. die ´Gartenstadt Stadion´ in Junkersdorf, die nicht im vorgesehen Umfang vollendet wurde.[131] Geplant war die Siedlung als eine auf rund 250 Einfamilienhäuser angelegte avantgardistische Villenkolonie. Nach 1933 wurde sie jedoch unter anderer Regie und mit meist konservativen

---

[124] Lebensdaten 1889-1963.
[125] Fussbroich, 1997, S.40.
[126] Architekten- und Ingenieurverein, 1927, S.103.
[127] Ebd., S.103-104.
[128] Ebd., S.92-93.
[129] Schulz, 1997, S.158. Und: Schulz, 1993b, S.83. Zu der Baufinanzierung in Köln siehe auch: Architekten- und Ingenieurverein, 1927, S.88 ff.
[130] Kähler, 1996, S.356.
[131] Fussbroich, 1997, S.42.

Architekten weitergebaut.[132] Realisiert wurden daneben Siedlungsprojekte u.a. in Mauenheim, Buchforst und Bickendorf.
1922 bis 1924 errichtete Riphan den „Grünen Hof“ in Mauenheim als eine der ersten Hofsiedlungen in Deutschland. Vier lange parallele Häuserzeilen strukturieren das Gelände, indem sie in ihrer Mitte jeweils eine Grünfläche aussparen, die der Anlage den Namen gab.[133] Der Architekten- und Ingenieurverein schreibt zum Grünen Hof:

> „Die Reihung derselben Haustypen in stummer, sich gleich bleibender Größe verleiht dem Ganzen eine gigantische Wucht.“[134]

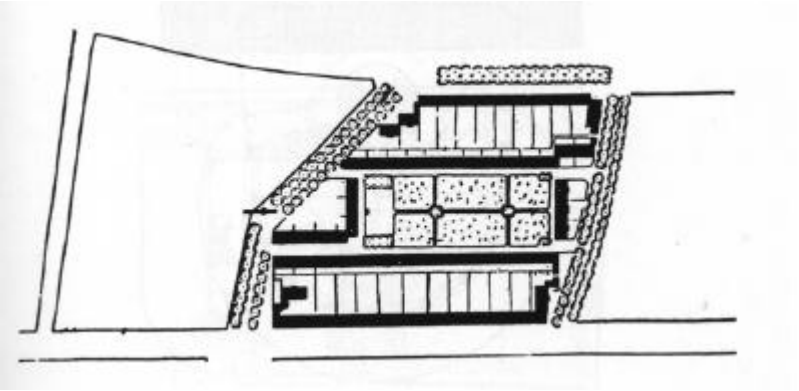

Abb.17 Riphan: Grüner Hof in Köln-Mauenheim

Benachbart sind zwei Wohnquartiere in Buchforst, die beide ebenfalls von Riphan geplant wurden: Der „Blaue Hof“ und die „Weiße Stadt“.
Bei dem Blauen Hof handelt es sich um einen nach Süden geöffneten Baublock, der eine Vereinigung von traditionellen Vorstellungen der Hofbebauung mit Ideen des Neuen Bauens darstellt. Er kann in Bezug auf seine kubischen Eckbauten, die Flachdächer und die ornamentlosen, aber farbgestalteten Wände als Weiterentwicklung des Grünen Hofes in Mauenheim betrachtet werden. In der Mitte des Hofes befindet sich ein großer, öffentlicher Hof, der durch seine Ausrichtung der zeitgenössischen Forderung nach guter Durchlichtung und Durchlüftung entspricht.[135]

Abb.18 Riphan: Blauer Hof in Buchforst

Abb.19 Riphan: Weisse Stadt in Buchforst

[132] Architekten- und Ingenieurverein Köln (Hg.): Köln, Seine Bauten 1928-1988, Köln 1991, S.76.
[133] Fussbroich, 1997, S.55.
[134] Architekten- und Ingenieurverein, 1927, S.108.
[135] Fussbroich, 1997, S.61.

Die Weiße Stadt ist ein in reiner Zeilenbauweise errichtetes Wohnquartier.

> „Es wird von acht Straßen erschlossen, die streng nach dem Lichteinfall ausgerichtet sind. [..] Die fünfgeschossigen Zeilen sind gleich gestaltet. Sie werden durch eingeschossige, pavillonartige Ladenlokale begrenzt. In den Obergeschossen wechselt jeweils eine Wohnung mit einer Dachterasse. Zu dieser aufgelockerten Gliederung kommt die Staffelung der Häuser um die Breite eines Balkons, so daß die Zeilen äußerst lebendig plastiziert werden.“[136]

Ebenfalls von Riphan – in Zusammenarbeit mit Kaspar Maria Grod[137] - ist die Siedlung Bickendorf II, bei der sich drei- bis viergeschossige Zeilenbauten und offene Blockbauten abwechseln. Innerhalb der Baublöcke liegen große Grünflächen, weite Straßen und Plätze durchlichten die Wohnanlage. Von einem zentrierenden, längsrechteckigen Platz ausgehend, übernimmt eine Mittelachse zusammen mit den querenden Achsen ordnende Funktion. Charakteristisch sind die vorgezogenen, pavillonartigen Ladenlokale.[138]

Abb.20 Riphan: Köln-Bickendorf II

Diese Wohnprojekte blieben alle hinter den großen Planungen Berlins und Frankfurts weit zurück. Aber dennoch wird hier sichtbar, daß es in der Weimarer Republik vor dem Hintergrund des Wohnungselends allgemeiner Konsens war, öffentlich geförderte, humane Wohnräume zu schaffen. Und auch die neue Formensprache der modernen Architektur konnte sich sogar in konservativ geleiteten Städten wie Köln Raum verschaffen – wenn auch in viel bescheidenerem Ausmaß als in den „roten“ Städten Berlin oder Frankfurt.

[136] Ebd., S.74.
[137] Lebensdaten?
[138] Fussbroich, 1997, S.82.

4. Fazit

Die ersten Nachkriegsjahre waren von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und erheblichen Mängeln in der Wohnungsversorgung geprägt. Vor dem Hintergrund der nun auch das Kleinbürgertum bedrohenden Wohnungsnot befürworteten nahezu alle Parteien eine Abkehr vom Liberalismus im Wohnungswesen und setzten sich für eine politische Ordnung des Wohnungsmarktes ein. In der Phase von 1924 bis 1929 wurde eine umfangreiche Bauförderung vor dem Hintergrund neuer finanzieller Grundlagen möglich (Währungsreform, Dawes-Plan, Hauszinssteuer). Berühmte Wohnprojekte des Neuen Bauens konnten realisiert werden. Erst mit der Weltwirtschaftskrise 1929 ging die Bautätigkeit wieder zurück und Wohnungspolitik wurde aufs Engste mit subsistenzwirtschaftlichen Zielen verknüpft. Grundsätzlich wurde jedoch die Wohnungspolitik ein entscheidender Faktor in der Sozialpolitik der Weimarer Republik.
Eine Schlüsselstellung kam den Städten in der Wohnungsbauförderung zu. Hier entwickelten sich neue politische Gesellschaftskonzepte und architektonische wie städteplanerische Entwürfe.

> „Wohnung und Wohnungsbau wurden mit einer nie wieder erreichten Intensität und Bandbreite diskutiert und experimentell erprobt.“[139]

Utopien bereiteten den Boden für eine Abkehr von bisherigen Städtebautraditionen.
Eines dieser utopischen Konzepte war Mays Idee der Trabantenstadt, dem er sich mit den Siedlungen im Niddatal anzunähern versuchte. Daneben spielte die qualitative Verbesserung des Wohnraums durch „Licht, Luft und Sonne“ eine große Rolle, so daß May seine besonders radikale Form des Zeilenbaus entwickelte, die im Gegensatz zur Blockrandbebauung allen Wohnungen gleichermaßen Durchlichtung und Durchlüftung ermöglichte.
Wagner hatte in Berlin weitaus nicht die gleichen Möglichkeiten wie May in Frankfurt. Dennoch entwickelte auch er ein Konzept seines städtischen Ideals, das von Grün durchzogen eine humane Alternative zum boomenden Berlin seiner Zeit werden sollte. In Zusammenarbeit mit Bruno Taut konnte auch Wagner trotz aller Widrigkeiten einige Großsiedlungen des Neuen Bauens in Berlin errichten. Diese Siedlungen sollten aber nicht wie Trabanten vor der Stadt und von ihr abgegrenzt und geschützt liegen, sondern in eine übergemeindliche Raumordnung, eine Stadtlandschaft eingebunden werden.
Die Entwicklung von Typen in Bauform und Grundrissen, sowie industrieller Montageteile und Fertigbauweise sollte dabei eine rationelle und preiswerte Bauweise ermöglichen, um der Wohnungsnot möglichst effektiv zu entgegnen.
Zugleich aber änderte sich auch das ästhetische Konzept. Die Aneinanderreihung klassizistischer Elemente wurde aufgegeben, statt dessen sollte die Funktion des Baus ihm seine Form geben. In der Konsequenz wurde auf Ornamente verzichtet, das Flachdach eingeführt und mit Kuben als bevorzugten Bauformen gearbeitet.

---

[139] Kähler, 1996, S.401.

Diese allgemeine Entwicklung der zwanziger Jahre war sogar in konservativ regierten Kommunen wie Köln zu spüren. Wenn auch bei weitem nicht so umfangreich wie in Berlin oder Frankfurt, so wurden dennoch auch in Köln Wohnbauprojekte im Sinne des Neuen Bauens realisiert. In Köln wurden jedoch keine Großsiedlungen errichtet, sondern lediglich kleinere Wohnanlagen:

> „Mittels der GAG verhinderte die Stadtverwaltung, daß die starken weltanschaulichen und sozialen Divergenzen zwischen den Baugenossenschaften dazu führten, entsprechend separierte, einheitliche, sozial-kulturell geschlossene Großsiedlungen zu bauen.“[140]

Obwohl während der Weimarer Zeit und besonders von 1924 bis 1929 der Wohnungsbau massiv gefördert wurde – auch in Städten wie Köln –, herrschte während der gesamten Zeit Wohnungsmangel. Die Nachfrage zog trotz der Bautätigkeit weiter an. [141]

Häufigster Kritikpunkt an der Wohnungsbaupolitik ist somit auch das Argument, sie hätte ihre Zielgruppe, nämlich die sozial benachteiligte Bevölkerung nicht erreicht. Schulz führt aus:

> “Das Bauen war für die unteren Einkommensbezieher dauerhaft zu teuer, die Wohnkosten waren für sie zu hoch. Daran konnten alle Bestrebungen zur Rationalisierung, Standardisierung und Vereinfachung wenig ändern. Nirgendwo gelang der Durchbruch zur Industrialisierung des Wohnungsbaus.“[142] Weiter: „Die Großsiedlungen der zwanziger Jahre in Deutschland waren zwar ein ästhetischer Höhepunkt, doch der Massenwohnungsbau scheiterte in seinem zentralen Anspruch, die Wohnungsnot zu beheben. Weder gelang es, genügend Wohnungen zu errichten, noch waren diese groß und preiswert genug für die Massennachfrage. Es zogen eher besserverdienende Angestellte ein als Arbeiter.“[143]

Belegt wird diese These z.B. durch eine statistische Untersuchung über die Belegung von Wohnungen von 1927.[144] Demnach handelte es sich bei den Inhaberinnen und Inhabern von Neubauwohnungen um zahlungskräftige Schichten oder um solche, die nur durch Untervermietung die hohen Mietpreise zahlen konnten.[145]

M.E. ist hier jedoch zu differenzieren, da es erklärtes politisches Ziel war, weitere Wohnanlagen zu bauen, um langfristig die Situation am Wohnungsmarkt zu entlasten. Gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Turbulenzen der Weimarer Zeit sind zu teure Mieten auch in einem Kontext mit z.B. zu niedrigen Löhnen und fehlenden sozialen Sicherungssystemen zu diskutieren. [146]

Eine Bewertung der Wohnungsprojekte des Neuen Bauens ausschließlich anhand der tatsächlichen Ergebnisse „unterschlägt den wirklichen humanen Impetus der Reform“.[147]

---

[140] Schulz, 1993b, S.82. Auch: Schulz, 1997, S.164. Und: Blumenroth, 1975, S.261.
[141] Schulz, 1993b, S.76.
[142] Schulz, 1993a, S.42.
[143] Ebd., S.43.
[144] abgedruckt in: Longerich, 1992, S.289-290.
[145] In: Longerich, 1992, S.290.
[146] Siehe dazu: Kähler, 1985, S.33.
[147] Ebd., S.38.

Auch Schulz gesteht zu, daß der Siedlungsbau eine „revolutionierende Wirkung“ hatte, da er einen neuen Standart hoher Wohnqualität für breite Massen vor Augen führte.[148] Die Großsiedlungen der Weimarer Zeit sind nicht nur behelfsmäßige Notunterkünfte, sondern vielmehr politisches Programm. Mit ihrer funktionalen Architektur, den städtebaulichen Leitideen von humanem und gleichberechtigtem Wohnen und der Einführung der industriellen Bauweise wurden in dieser Phase formale, begriffliche und technische Grundlagen für Architektur und Städtebau bis heute gelegt.

[148] Schulz, 1993b, S.76.

5. Bibliographie

- **Architekten- und Ingenieurverein für den Niederrhein und Westfalen und Köln (Hg.):** Köln, Bauliche Entwicklung 1888-1927, Köln 1927.
- **Architekten- und Ingenieurverein Köln (Hg.):** Köln, Seine Bauten 1928-1988, Köln 1991.
- **Blumenroth, Ulrich:** Deutsche Wohnungspolitik seit der Reichsgründung, Darstellung und kritische Würdigung, Münster 1975.
- **Dezernat für Kultur und Freizeit, Amt für Wissenschaft und Kunst der Stadt Frankfurt am Main (Hg.):** Ernst May und das Neue Frankfurt 1925-1930, Berlin 1986.
- **Frampton, Kenneth:** Die Architektur der Moderne, Eine kritische Baugeschichte, 5. Aufl., Stuttgart 1995.
- **Fussbroich, Helmut:** Architekturführer Köln, Profane Architektur nach 1900, Köln 1997.
- **Henning, Friedrich-Wilhelm:** Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1992, 9. Aufl., Paderborn 1997.
- **Hüter, Karl-Heinz:** Architektur in Berlin 1900-1933, Dresden 1988.
- **Kähler, Gert:** Wohnung und Stadt, Hamburg, Frankfurt, Wien, Modelle sozialen Wohnens in den zwanziger Jahren, Braunschweig 1985.
- **Ders.:** Nicht nur Neues Bauen, Stadtbau, Wohnung, Architektur, in: ders. (Hg.): Geschichte des Wohnens, Bd. 4 1918-1945: Reform, Reaktion, Zerstörung, Ludwigsburg / Stuttgart 1996, S.303-401.
- **Lampugnani, Vittorio Magnago:** Hatje-Lexikon der Architektur des 20. Jahrhunderts, Neuaufl., Ostfildern-Ruit 1998.
- **Lieberman, Ben:** From Recovery to Catastrophe, Municipal Stabilization and Political Crisis in Weimar Germany, New York / Oxford 1998.
- **Longerich, Peter (Hg.):** Die Erste Republik, Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates, München 1992.
- **Pohl, Hans:** Aufbruch der Weltwirtschaft, Geschichte der Weltwirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1989.
- **Schulz, Günther:** Perspektiven europäischer Wohnungspolitik 1918 bis 1960, in: ders. (Hg.): Wohnungspolitik im Sozialstaat, Deutsche und europäische Lösungen 1918-1960, Düsseldorf 1993, S.11-45. (zit. als Schulz, 1993a)
- **Ders.:** Von der Mietskaserne zum Neuen Bauen, Wohnungspolitik und Stadtplanung in Berlin während der zwanziger Jahre, in: Alter, Peter (Hg.): Im Banne der Metropolen: Berlin und London in den zwanziger Jahren, Göttingen 1993, S.43-86. (zit. als Schulz, 1993b)
- **Ders.:** Wohnungspolitik in Deutschland und England 1900-1939, Generelle Linien und ausgewählte Beispiele, in: Zimmermann, Clemens (Hg.): Europäische Wohnungspolitik in vergleichender Perspektive 1900-1939, Stuttgart 1997, S.153-165.
- **Senator für Bau- und Wohnungswesen (Hg.):** Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin, Beiheft 1, Bezirk Zehlendorf, Berlin/Florenz 1980.